

Der Elitenwechsel bei der deutschen Vereinigung vor 30 Jahren

Fragen von GWP an Professor Dr. *Steffen Mau*

GWP: Herr Professor Mau, im Oktober 2019 lehnte der Deutsche Bundestag „mit breiter Mehrheit“ einen Antrag der Fraktion DIE LINKE ab, Ost-Quoten in Bundesbehörden einzuführen. Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Christian Hirte (CDU), räumte in der Debatte ein, dass es Defizite bei der Verteilung von Bundesbehörden im Osten und zu wenig Ostdeutsche in Spitzenpositionen der Bundesbehörden gebe. Ein Grund für die unbefriedigende Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen sei, dass es vor 30 Jahren in den neuen Ländern den ausdrücklichen Willen zu einem Eliten-Wechsel auch in den Verwaltungen gegeben habe. Dies sei nur mit gut ausgebildeten, meist jungen Kräften aus dem Westen möglich gewesen.

In einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus diesem Jahr heißt es: „Die Befragten im Osten empfinden es vielfach so, dass damals [bei der deutschen Vereinigung] keine neue gemeinsame Gesellschaft entstanden sei. Vielmehr sei ihnen mit der Einheit nur das westdeutsche System übergestülpt worden, an das sie sich anpassen mussten“. Zwischen diesem Empfinden der Bürger und dem Elitenwechsel dürften enge Zusammenhänge bestehen. In Ihrem Buch „Lütten Klein“ sprechen Sie über die „Transfereliten“ und gehen genauer auf die nunmehr dreißig Jahre zurückliegenden, aber bis heute nachwirkenden Vorgänge ein. Wie ist Ihre Einschätzung der Vorgänge?



Prof. Dr. Steffen Mau

Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin

(Foto: Marten Körner)

GWP: Worin bestand der Elitenwechsel, und welchen Zweck verfolgte er?

Mau: Der Elitenwechsel hat ja nicht im Herbst 1990 angefangen, sondern setzte während der Friedlichen Revolution ein, als die Führungsriege der SED nach und nach abgelöst wurde und sich auch in den Universitäten, Rundfunkanstalten, Theatern, Betrieben und Behörden einigte. Dies waren von unten eingeforderte Veränderungen, der Wunsch nach neuer Politik, die auch mit neuen Gesichtern versehen sein sollte. Diese Veränderungen wurden manchmal zögernd, manchmal aber auch mit Vehemenz durchgesetzt. Dann kam es zu dem großen Elitentransfer von West nach Ost. Schon vor dem Datum der Wiedervereinigung machte sich eine ganze Schar von Investoren und Beratern auf, einige witterten Chancen, andere hatten Interesse mitzuhelfen. Mit der Wiedervereinigung ging der sogenannte Institutionentransfer von West nach Ost einher (in Osteuropa wurden ja gleichfalls die westlichen Institutionen nachgebaut). Was für Ostdeutschland als einzigartig gelten kann, ist, dass zugleich die Führungsgruppen auch aus dem Westen „importiert“ wurden. Damals galt die Faustregel: Je höher und einflussreicher eine Position, desto wahrscheinlicher ist sie mit einem Westdeutschen besetzt. Schätzungen gehen von etwa 30.000 Personen aus, aber ganz genau weiß man es nicht. Der Zweck war natürlich, dass man unbelastetes Personal haben wollte, dazu Menschen, die wussten, wie eine Marktwirtschaft oder ein Rechtsstaat funktionieren. Es ging um das Know-how.

GWP: Wie ist der Elitentransfer abgelaufen? War das Hilfe oder Übernahme?

Mau: Das war immer beides. Natürlich gab es im Osten Defizite und einen Mangel an Erfahrung, so dass gewisse Kompetenzen gefragt waren, aber zugleich wurden die Ostdeutschen massiv verdrängt, waren gegen die Konkurrenz aus dem Westen chancenlos. Plötzlich kamen die Machtstarken, Diskursdominanten und ökonomisch Potenten von woanders – das haben viele als Übernahme verstanden, weil sie bei vielen Entscheidungen kaum noch mitzureden hatten. Da hat sich im Osten eine Duldungsstarre ausgebreitet.

GWP: Der oben erwähnte Ostbeauftragte spricht nur allgemein von Verwaltung. Gibt es Unterschiede nach staatlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereichen, und lassen sich da Wirkungen unterscheiden?

Mau: Nein, das betrifft alle Bereiche: Kunst und Kultur, Universitäten, Militär, Wirtschaft, Verwaltung, Gesundheitswesen, Medien, Justiz. Es gab natürlich auch ostdeutsche Nachrückereliten, die sich durchsetzen konnten, aber oft in den weniger exponierten Bereichen und Stellen. An den Universitäten beispielsweise konnte neues Leitungspersonal auch aus den eigenen Reihen gewonnen werden, weil es andere Beteiligungsstrukturen gab, aber insgesamt wurde stark auf Westpersonal gesetzt. Ostdeutsche als Leitung einer Finanzbehörde oder der Niederlassung einer Bank, das ist kaum zu finden. Bei den Führungspositionen in der ostdeutschen Wirtschaft ist der Anteil bei etwa einem Drittel. Nur 15 Prozent der Richterschaft in den ostdeutschen Bun-

desländern kommen aus dem Osten. Im Bereich der Politik sieht es durch das föderale Repräsentationsmodell etwas anders aus. Besonders schwach ist die gesamtdeutsche Elitenrepräsentanz der Ostdeutschen heute auch in der Wissenschaft. Nach einer neusten Studie sind da nur 1,5 Prozent der Positionen ostdeutsch besetzt.

GWP: Wer kam und mit welcher Motivation? Kamen auch Frauen?

Mar: Es waren sehr viele Männer, die in den „wilden Osten“ kamen, nur wenige Frauen, die es ja auch in den Führungsetagen in der Bundesrepublik insgesamt wenig gab. Was die Motive angeht, so ist das äußerst divers. Das reicht von Geschäftemachern und Schnäppchenjägern im Klondike-Goldrausch, über Di-Mi-Do-Professoren, die sich über eine Berufung freuten, bis hin zum pensionierten Berufsschullehrer, der eine neue Aufgabe sucht. Manche hatten auch enge Bindungen nach Ostdeutschland und fühlten sich zur Hilfe verpflichtet.

GWP: Gab es Integrationseffekte durch Hinzugekommene, die blieben?

Mar: Das ist unterschiedlich. Für einige der Transfereliten trifft das zu, was die Migrationsforschung „spiral migration“ nennt. Man geht in den Osten, um aufzusteigen, kehrt aber, wenn eine adäquate Stelle frei dort wird, alsbald wieder in die Heimatregion zurück. Der Osten bleibt eine Durchgangsstation. Andere haben sich dauerhaft niedergelassen und sind in Ostdeutschland heimisch geworden. Das trifft vor allem für die attraktiven größeren Städte zu. Manchmal wurden diese Personen, die von außen kamen, auch zu Mediatoren zwischen sich verkeilenden alten und neuen ostdeutschen Eliten.

GWP: Welche Reaktionen sehen Sie in der Bevölkerung im Osten?

Mar: Diese starke westlich geprägte Elitendominanz hat man in den 1990ern oft hingegenommen, wenn aber die Investoren ausblieben oder wirtschaftliche Probleme entstanden, wurden sie oft verantwortlich gemacht. Es wurden ja damals die Westler im Osten nicht arbeitslos, sondern mussten die Massenentlassungen selbst vornehmen und schmerzhaftige Organisationsreformen verantworten. Die soziologische Annahme war, dass dieser funktionale Elitenaustausch ein zeitlich begrenztes Phänomen sei. Nach 10 oder 15 Jahren sollten sie von „eigenen“ nachwachsenden Eliten abgelöst werden. Mit 30 Jahren Distanz können wir sagen, dass das nicht passiert ist. Einer Studie zufolge waren ein Vierteljahrhundert nach der Wende nur 23 Prozent der Elitepositionen in Ostdeutschland mit Ostdeutschen besetzt, gesamtdeutsch sind es, je nach Studie, nur zwischen 2 und 5 Prozent. Die Westdominanz hat sich verstetigt, was sicherlich auch damit zu erklären ist, dass Eliten immer aus den eigenen Netzwerken rekrutieren und auch Fragen der kulturellen Passung und Herkunft eine Rolle spielen. Als Folge gibt es bis heute in Ostdeutschland ein nur schwaches Band zwischen den gesellschaftlichen Führungsgruppen und der allgemeinen Bevölkerung.

GWP: Wie sind andere Transformationsländer im Osten Europas vorgegangen?

Mau: In Osteuropa gab es natürlich auch Berater, die aus dem Westen kamen, aber die blieben meist nur einige Zeit. Ansonsten kann man viele Elitenkonflikte zwischen alten und neuen Eliten im Übergang beobachten, manchmal konnten sich auch alte Seilschaften hinüberretten. Es ist aber augenfällig, dass der Umbruch in Osteuropa sehr junge Personen in herausgehobene Stellung gebracht hat, manche wurden mit Anfang 30 Minister oder Verfassungsrichter und konnten zeigen, was sie können. Das gab es in Ostdeutschland aufgrund des Elitentransfers nicht.

GWP: Rückblickend gesehen: Was hätte besser gemacht werden können?

Mau: Man hätte viel stärker auf die Köpfe setzen sollen, Menschen am Beginn ihres Berufslebens für die neuen Aufgaben befähigen müssen. Mentorenprogramme, Stipendien für Ostdeutsche, eine Führungsakademie Ost wären wirksame Maßnahmen gewesen. Auch hätte man Positionen zeitlich befristet oder im Tandem besetzen können, um schnelles Lernen zu ermöglichen. Es wäre darauf angekommen, eigene Zugangspfade in die Elite zu schaffen, statt immer nur aus dem Westen zu rekrutieren. Das ist viel zu wenig bedacht worden. Diese Eliten hätten dann vielleicht auch intensiver die Dinge befragt, die im Westen schon immer so gemacht wurden, aber vielleicht auch auf den Prüfstand gehört hätten. Das können nur Leute mit einer anderen Perspektive. Dass man sich recht schnell auch in einem neuen System zurechtfinden und behaupten kann, hat nicht zuletzt die Bundeskanzlerin bewiesen.